

Qualitätssicherung in den Schulen

Die GEW BERLIN fordert die Berliner Landesregierung auf, ein umfassendes Programm gegen den immer deutlicher zu Tage tretenden Personalnotstand an den Berliner Schulen auszuarbeiten. Trotz kurzfristiger Aufstockung der Bezahlung der angestellten JunglehrerInnen herrscht in Berlin Lehrermangel; zahlreiche Stellen können nicht mehr mit voll ausgebildeten Lehrkräften besetzt werden, weil vor allem in den Mangelfächern geeignete BewerberInnen fehlen. Die Lücken werden mittlerweile vor allem im Bereich der Personalkostenbudgetierung mit berufsfremden oder unvollständig ausgebildeten Lehrkräften gefüllt. Um diesen Missstand zu beseitigen, bedarf es eines Gesamtkonzeptes der Personalentwicklung im Schulbereich, das deutlich mehr enthält als die befristete Aufstockung der Gehälter für angestellte Lehrkräfte.

Deshalb fordern wir nachdrücklich die Berliner Landesregierung auf, die Zukunft zu gestalten. Das heißt jetzt in Bildung und LehrerInnenausbildung zu investieren, keine schleichende Entprofessionalisierung, Dequalifizierung und Prekarisierung des LehrerInnenberufes hinzunehmen.

Wir fordern von der Berliner Landesregierung eine zukunftsweisende Personalentwicklung für den Schulbereich. Bestandteil dieser Politik müssen folgende Maßnahmen sein:

- Verbesserung der Ausbildungssituation und Verringerung der Abbrecherquoten an den Hochschulen durch bessere Ausbildung, Lernberatung und eine deutliche Verbesserung der Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Studierenden
- Abbau der zum Teil unerträglich langen Wartezeiten auf den Vorbereitungsdienst beziehungsweise zeitnahe Übernahme aller BewerberInnen in den Vorbereitungsdienst.
- Die GEW BERLIN fordert den Senat von Berlin auf, in der KMK-Konferenz auf energische Schritte zu unternehmen, um eine bundeseinheitliche Regelung der Lehrereinstellungspolitik zu erreichen. Nur so lässt sich die unsaubere Konkurrenz der Bundesländer um qualifizierte Lehrkräfte beenden. Mit der länderspezifischen Ausdifferenzierung der Arbeitsbedingungen, der Einstellungsmodalitäten und der Besoldungs-/Tarifpolitik werden je nach wirtschaftlicher Stärke der Bundesländer erhebliche Ungleichheiten geschaffen.